LIT-TIPPS 04.10.2013

Liebe LeserInnen der Lit-Tipps!

Struktur der Lit-Tipps

Ich gebe vorab die in der jeweiligen Ausgabe der Lit-Tipps enthaltenen Rubriken an, gefolgt von Autorennamen (alphabetische Reihenfolge) und Jahreszahl der Publikation. In der zweiten Hälfte der Lit-Tipps finden Sie dann die vollständigen bibliographischen Angaben zu jedem Titel und einen Kurzkommentar von mir, in der alphabetischen Reihenfolge der Autorennamen. Das Ganze entspricht der sog. amerikanischen Zitierweise, spart Platz und macht die Titel doch leicht auffindbar.

Archiv der Lit-Tipps:

Vorangegangene Lit-Tipps finden Sie

- bis April 2005 in einer Gesamtliste unter: http://www.fernuni-hagen.de/imperia/md/content/politikwissenschaft/lg2/littipp_bis_4_05.pdf
- nach Juli 2005 im Archiv der Lit-Tipps; dies finden Sie auf der Homepage des Lehrgebiets auf meiner Mitarbeiter-Seite unter:

http://www.fernuni-hagen.de/polwiss/institut/team/martin.list_lg2.shtml

Verzahnung der Lit-Tipps mit IPSE:

Die Lit-Tipps sind als "List-Tipps" nunmehr auch mit meinem Lehrbuch Internationale Politik studieren. Eine Einführung (IPSE abgekürzt; Wiesbaden: vs-Verlag 2006) "verzahnt", insofern bei einschlägigen Titeln der Hinweis auf diejenigen Kapitel dieses Buches angegeben wird, zu denen sie inhaltlich besonders gut als Ergänzung passen. Der Hinweis hat die Form: IPSE plus Kapitelnummer.

Und damit zu den Lit-Tipps von heute. Sie erfolgen zu den Rubriken:

- Publikationen Ehemaliger
- Fachbücher

Geordnet nach Themen und mit Verweis auf autoren-alphabetisch geordnete Kurz-Rezensionen

Publikationen Ehemaliger

Demokratisierung in der Türkei

Unser ehemaliger Student und Promovent an der FernUniversität Dr. Bernd Liedtke hat auf Grundlage und in Fortschreibung seiner einschlägigen Dissertation eine Analyse zum Wandel der Stellung des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei vorgelegt. Die Studie ist als Kurzanalyse des Deutschen Orient-Instituts Berlin im September 2013 erschienen und ist gratis downloadbar unter:

http://network-turkey.org/paper/die-dynamisierung-des-nationalen-sicherheitsrates-der-turkei-ein-indikator-fur-die-konsolidierung-der-demokratie/

Ein weiterer Beitrag von ihm, ebenfalls zum Themenkreis Demokratisierung in der Türkei, erschien in "Polizei und Wissenschaft", Ausgabe 2/2013, unter dem Titel: "Transformation des politischen Systems der Republik Türkei anhand der Analyse des "Gesetzes zur Bekämpfung des Terrors" (ATG)". Die Zusammenfassung dieser Publikation ist verfügbar unter"

http://www.polizeiundwissenschaft-online.de/archiv/#archiv

Fachbücher

POLITISCHE SYSTEME IM VERGLEICH

gescheiterte Staaten: Ezrow/Frantz 2013

USA - Klassengesellschaft und politische Ungleichheit: Schlozman/Verba/Brady

2012; Wysong/Perrucci/Wright 2014

POLITISCHES SYSTEM DER EU

Europarecht – Bedeutung für Integration: Grimmel 2013

INTERNATIONALE POLITIK

Entwicklung(spolitik): Carothers/de Gramont 2013; Deaton 2013 Internationale Strafgerichtsbarkeit: Schabas 2013 nuklearer Iran – Eindämmung: Pollack 2013

Carothers, Thomas/de Gramont, Diane 2013: Development Confronts Politics. The Almost Revolution, Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace. IPSE 10

Wie auch Deaton (diese Lit-Tipps) feststellt, wurde Entwicklung viel zu lange als rein technische begriffen. Dass sie, trotz 60-jähriger Praxis der Entwicklungs'hilfe' bzw. zusammenarbeit so selten wirklich erfolgreich war, hat wesentlich mit der Vernachlässigung der politischen Bedingungen von Entwicklung zu tun. Dabei ist nicht nur die Motivation für Entwicklungspolitik politisch – im heimischen Kontext der Geber wie in ihrer Wirkung auf die inneren Verhältnisse der Nehmer, zumal, wenn sie, wie neuerdings, politisch zu konditionalisieren versucht wird, also an die Einhaltung politischer Mindeststandards zu knüpfen versucht wird; aber natürlich war und ist auch die Unterstützung von Autokraten, weil sie auf der richtigen (unserer) Seite' sind, ein Politikum; der politische Kontext in den Zielstaaten entwicklungspolitischer Bemühungen kann darüber hinaus, wird er nicht gebührend berücksichtigt, die Wirkung eingeleiteter Programme in ihr glattes Gegenteil verkehren. In jeder Hinsicht also ist es angebracht zu tun, was lange als verpönt galt: die politische Dimension, ja die politischen Dimensionen von Entwicklungspolitik zu berücksichtigen. Die Autoren zeichnen den Weg von der vermeintlich unpolitischen Hilfe zur in jeder Hinsicht politischen Entwicklungskooperation nach und erörtern in klarer Struktur Ansätze und Probleme der politischen Konditionalisierung ebenso wie die Erfassung der politischen Bedingungen der Wirksamkeit von Entwicklungspolitik. Dabei sind sie durchaus nicht unkritisch, sehen etwa, dass "an inclination toward democratic form over substance and unassertiveness vis-à-vis entrenched elites is baked into the assistance pie." (267) Anders als Deaton plädieren sie angesichts dessen jedoch nicht gegen Entwicklungspolitik, und wer eine Einführung in das neuere Denken darüber, wie diese zugeschnitten sein soll, sucht, ist mit dem Band gut bedient.

Deaton, Angus 2013: The Great Escape. Health, Wealth, and the Origins of Inequality, Princeton: Princeton University Press. IPSE 10

Der Autor, Wirtschaftsprofessor in Princeton und vormals Präsident der American Economic Association. reichendes verständliches hat ein weit und doch gut entwicklungsgeschichtliches und -politisches Sachbuch vorgelegt. Von Thomas Hobbes stammt die Formulierung, dass das Leben im Naturzustand "solitary, nasty, brutish and short" gewesen sei – Bedingungen, wie sie noch immer für zu viele Menschen gelten. Der Ausgang aus dieser Lage – das ist der Escape des Titels – gelang jedoch seit etwa 250 Jahren anhaltend einer zunehmenden Zahl von Menschen – das ist die frohe Botschaft, die mit zahlreichen instruktiven Grafiken untermauert wird, wobei insbesondere auch auf die

massenhafte Verbesserung der Gesundheitslage (u. a. sinkende Kindersterblichkeit, damit eingegangen wird. wachsende Lebenserwartung) Insbesondere einschlägigen Wissens sieht der Autor als wichtige Triebkraft hierbei. Was dem Autor Sorgen macht, ist zweierlei. Zum einen erfolgt solcher Fortschritt fast immer ungleich: es gibt Vorreiter und – zunächst – Zurückbleibende. Das wäre vielleicht als Preis des Fortschritts gerade noch akzeptabel, würden die Zurückbleibenden nicht oft an nachholender Entwicklung gehindert – durch die Privilegierten. Dies führt dann zu strukturellen Ungleichheiten, und solche zeichnet der Autor sowohl international-global nach, etwa im Hinblick auf die Bekämpfung der relevanten Massenkrankheiten in Süd und Nord, als auch, am Beispiel der USA, für die seit den 1970er Jahren deutlich angestiegene soziale Ungleichheit (s. auch Wysong/Perrucci/Wright und Schlozman/Verba/Brady in diesen Lit-Tipps). Schließlich zeigt er auf, dass die angeblich gut gemeinte Entwicklungspolitik oft genau diesen kontraproduktiven Effekt hat, nachholende Entwicklung zu verhindern (weil sie etablierte autokratische Selbstbereicherung auf unterschiedliche Weise fördert). Mehr Geld für die Entwicklungspolitik ist also für ihn nicht die Lösung (er nennt das die "aid illusion"), und auch was den Erfolg politischer Konditionalisierung anbelangt (vgl. Carothers/de Gramont in diesen Lit-Tipps), ist er skeptisch. Wollten die entwickelten Länder den weniger entwickelten wirklich helfen, sollten sie einiges lassen (wie Agrarprotektionismus und dumping) und anderes tun (etwa: Förderung von Pharmaforschung gegen "südliche" Krankheiten) als Entwicklungspolitik. Diese, so zeigt er, hat bisher kaum durchschlagende Erfolge gezeitigt. Insgesamt ob der vielen interessanten Fakten, aber auch klärende Erörterungen (etwa zur internationalen Messung von Zufriedenheit oder zur Etablierung von Kaufkraft-Paritäten bei der internationalen Umrechnung von Währungen) ein ausgesprochen lesenswertes Sachbuch.

Ezrow, Natasha M./Frantz, Erica 2013: Failed States and Institutional Decay. Understanding Instability and Poverty in the Developing World, New York u.a.: Bloomsbury. IPSE 10. 14

Vor einigen Jahren kam die Rede von "gescheiterten Staaten" (failed states) in Mode, fachlich wie politisch. Letzteres ist sie vor allem wegen der mit der Zuschreibung oft verbundenen Konsequenzen (wie: Freigabe zu internationaler Intervention). Fachlich ist die genaue Erfassung dessen, was denn Staatsscheitern ausmache, umstritten geblieben. Die Autorinnen, die zuvor über die politische Mechanik diktatorischer Systeme geforscht und publiziert haben, wählen eine institutionalistische Herangehensweise an diese Frage. Nicht die Stärke des Staates steht im Fokus, sondern die staatlicher Institutionen. Derer unterscheiden sie vier: politische (wie Wahl- und Parteiensysteme, Parlamente und deren etc.). Sicherheitsinstitutionen (der inneren und äußeren, also Polizeien, Verwaltungsinstitutionen und solche paramilitärische Verbände und Militär), Rechtswesens. Diesen ist im Hauptteil jeweils ein Kapitel gewidmet, die einen vorzüglichen Überblick über die Forschung und Literatur dieser Institutionen in den Entwicklungsländern geben. Zwei abschließende Kapitel erörtern Korruption in solchen Ländern als Warnsignal und Fragen der Abhilfe von außen (state building, Intervention, Entwicklungspolitik). Insgesamt liegt damit sowohl zum Thema failed states (Konzept und seine Entwicklung) wie zur staatlichen Realität in Entwicklungsländern aus institutionalistischer Sicht ein vorzüglicher, sehr umfassender und dennoch als Lehrbuch tauglicher Überblick vor.

Grimmel, Andreas 2013: Europäische Integration im Kontext des Rechts, Wiesbaden: Springer VS.

IPSE 7

Dass das Europarecht und insbesondere der Europäische Gerichtshof durch seine Rechtsprechung beim Verlauf der europäischen Integration eine wesentliche Rolle spielt, ist ein alter Gedanke, der in der angelsächsischen Welt auf die Formel "integration through law" gebracht worden ist. Dabei liefert das Recht bzw. die Rechtsprechung jedoch nicht nur die Form, sondern, so insbesondere auch die neuere Forschung, auch treibende Kräfte des Integrationsprozesses, in Gestalt pro-integrativer Rechtsprechung des EuGH. Das nun ist nicht nur Gegenstand politikwissenschaftlicher Analyse geworden, sondern auch

innerjuristischer wie politischer Kontroverse: dürfen Richter (pro-integrative) Politik machen? Auch das deutsche Bundesverfassungsgericht hat zuweilen Pflöcke eingeschlagen, um die höchste Rechtsprechungsbefugnis nicht völlig aus der Hand geben zu müssen. Andererseits, so auch Grimmel, ist klar, dass das, was ganz wesentlich auch als Rechtsgemeinschaft fungiert, nicht ohne einheitliche Auslegung des Rechts auskommt. Den Richtern des EuGH zu unterstellen, wie es laut Grimmel die neuere politikwissenschaftliche Forschung über europäische Verrechtlichung tue, dass sie politisch oder durch Eigeninteressen motiviert prointegrativ urteilten, sei erstens eine kaum zu belegende Behauptung und zweitens, wie er durch Feinanalyse der Judikate zu Vorrang und direkter Geltung des Gemeinschaftsrechts einerseits, zum Grundrechteschutz andererseits zeigt, schlecht begründet, seien die Urteile doch eben funktional angemessen ausgefallen. Wolle man das juristische Denken nicht reduktionistisch verfehlen, müsse es in seiner Spezifik erfasst werden, und hierzu entwirft Grimmel im sicher nur für Fortgeschrittene gut lesbaren Theorieteil seiner Arbeit eine Konzept der "kontextuellen Rationalität" europarechtlicher Judikatur, gestützt auf Überlegungen von Max Weber und Ludwig Wittgenstein. Das ist philosophisch aufwendig, aber rechtstheoretisch und eben auch für an der Funktionsweise des Rechts interessierte SozialwissenschaftlerInnen beachtenswert. Zweierlei ließe sich einwenden: Wenn Grimmel zu Recht sagt, dass niemand in die Köpfe der (hier: juristischen) Entscheidungsträger schauen kann, sich die Motiv-Frage also sensu stricto nur in foro interno, nicht oder nur indirekt von außen erschließen lässt, so hat er damit recht. Dies gilt übrigens auch für wichtige z. B. außenpolitische Entscheidungen. Genau deshalb tragen Theorien "Motiv-Vermutungen' in Gestalt von Akteuren zugeschriebenen Handlungslogiken an die Interpretation jeweils konkreter Entscheidungsprozesse heran – z. B. die der politischen oder Eigeninteressiertheit. Unterstellung wird dies nur in dem Maße, wie konkurrierende Erklärungen (wie die von Grimmel vorgelegte) nicht berücksichtigt werden und Belege – die jedoch wie gesagt meist nur indirekt sein können - ausbleiben. Zum andern ließe sich einwenden, dass die Wirkung einer bestimmten Verhaltensweise (hier: Rechtsprechung) natürlich ganz unabhängig von ihren Motiven sein und beurteilt werden kann. Wenn etwa die jüngere Rechtsprechung eine pro-marktintegrative Tendenz aufweist, so mag dies durchaus einer juristisch-funktionalen Logik folgen. Es bleibt aber eine (wegen der weitreichenden Natur solcher Entscheidungen, ähnlich derer nationaler Verfassungsgerichte) politische Entscheidung oder zumindest eine mit politischer Wirkung - egal, was die (vielleicht unergründlichen) Motive der Richter waren. Da in ihre Urteile neben normativen Abwägungen immer auch sachliche Annahmen eingehen, die jedoch – gerade im Bereich der Wirtschaftspolitik – nicht "objektiv-sachlich", sondern vielfach auch fachlich umstritten sind, gilt es aufzupassen, dass das Bemühen um angemessenes Verständnis für die innere Logik der Rechtsprechung nicht zum Deckmantel von Ideologie wird; vgl. den analogen Disput über die positiv bzw. kritisch bewertete "Konstitutionalisierung" des internationalen Handelsrechts im Rahmen der WTO.

Pollack, Kenneth M. 2013: Unthinkable. Iran, the Bomb, and American Strategy, New York u.a.: Simon&Schuster.

IPSE 9, 11

Ich empfehle dieses Buch, obwohl es von der ganzen Anlage her genau das ist, was wir von Haus- und Abschlussarbeiten eher nicht wollen: ein Plädoyer in Politik beratender Absicht. Pollack, einstiger CIA-Analytiker des Iran und seither Wandler in US-amerikanischen Denkfabriken mit selbem inhaltlichem Fokus, hat eine Reihe brauchbarer (und vom mir in den Lit-Tipps auch empfohlener) Bücher zur mittelöstlichen internationalen Politik vorgelegt. Diesmal plädiert er just in time, möchte man sagen, dafür, dass die USA gegenüber einem Iran, der Nuklearwaffenfähigkeit entwickelt, eine Politik der Eindämmung (containment) verfolgen sollten und nicht einen Entwaffnungsschlag führen (oder durch Israel zulassen) sollten. Dieses Argument wird Schritt für Schritt aufgebaut, und dabei liefert Pollack auch die nötige Grundinformation über das iranische Nuklearprogramm (sowie Hinweise auf Wesentliches der einschlägigen Literatur). Containment erweist sich, richtig, und das heißt insbesondere nicht als appeasement miss-verstanden, als die vorzuziehende Option unter lauter schlechten. Tatsächlich, so Pollack, verfolgen die USA auch jetzt schon diese Politik,

obwohl Obama dies mehrfach explizit in Abrede gestellt hat — aus innen- wie außenpolitischen Motiven (um nicht fälschlich zu signalisieren, man habe sich mit dem iranischen Vorgehen schlicht abgefunden). Selbst die israelischen Drohungen eines eigenen Erstschlags, die er, würden sie in die Tat umgesetzt, im Iran-Fall für wenig aussichtsreich und in der Wirkung sogar kontraproduktiv hält, sieht er als Drohung noch positiv. Was schon zeigt, dass Pollack nicht als "sicherheitspolitisches Weichei" für Containment plädiert — sondern als kluger Realist, wie der geistige Vater des Konzepts George F. Kennan. Dass in die Logik dieser sicherheitspolitischen Konzeption mit eingeführt wird, ist nicht der geringste Gewinn, den die Lektüre des Buches bietet.

Schabas, William A. 2013: Kein Frieden ohne Gerechtigkeit? Die Rolle der internationalen Strafjustiz, Hamburger Edition. IPSE 14

Neben der (über-)nationalen Verfassungsgerichtsbarkeit (s. Grimmel in diesen Lit-Tipps) ist die internationale Strafgerichtsbarkeit einer der Bereiche, an denen die politische Natur höchstrichterlichen Urteilens deutlich wird. Es ist das Verdienst des in London Recht lehrenden Autors, der auch einschlägige praktische Erfahrung u.a. als Mitglied der Wahrheitskommission von Sierra Leone hat, dass er dieses nicht nur für Juristen heiße Eisen in dieser kleinen Schrift direkt anpackt. Schon die Nürnberger Prozesse standen unter dem Verdacht, dass hier Siegerjustiz geschehe - und in der Tat führt Schabas gleich eingangs an, dass die Siegermächte mit einer "sorgfältigen und geradezu zynischen Abgrenzung [des Begriffs Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ML] verhindern [wollten, dass sie] wegen ihres eigenen rassistischen, kolonialistischen und repressiven Vorgehens selbst strafrechtlich zur Verantwortung gezogen" würden (15). Und mit der Benennung von William J. Donovan (der den CIA-Vorgänger aufgebaut hatte) zum stellvertretenden Akläger "sollte unter anderem sichergestellt werden, dass gegen hochrangige NS-Funktionäre, mit denen die Amerikaner in den letzten Monaten vor Kriegsende handelseinig geworden waren, keine Anklage erhoben würde." (16) Auch bei der heutigen Strafgerichtsbarkeit fällt auf, dass es bisher vor allem afrikanische Potentaten waren, die auf die Anklagebank kamen. Solch politischen Aspekten der internationalen Strafgerichtsbarkeit, ihrem Verhältnis zum Streben nach historischer Wahrheit, z. B. im Rahmen von Wahrheitskommissionen, aber auch dem damit oft verbundenen Amnestie-Dilemma (diese als Preis für wahrhaftige Aussagen) geht diese kleine an- und zuweilen auch aufregende Schrift nach, die am Thema Interessierten als guter, nicht (wie manche verrechtlichungs-begeisterte Schrift hierzulande) naiver Einstieg dienen kann.

Schlozman, Kay Lehman/Verba, Sidney/Brady, Henry E. 2012: The Unheavenly Chorus. Unequal Political Voice and the Broken Promise of American Democracy, Princeton/Oxford: Princeton University Press.

Eine ganze Reihe zum Teil hochkarätiger Fachpublikationen aus den USA über deren politisch-gesellschaftliches System und die Entwicklung, die es in den letzten Jahrzehnten genommen hat, kommt erstaunlich und erfreulich kritisch daher. Fachlicher und politischer Belang schließen sich also nicht aus – und davon sähe man auch hierzulande gerne mehr. In diesen Publikationsstrang reiht sich dieses monumentale Werk, mitverfasst von einem der Altmeister der US-Politologie, Sidney Verba, ein. Es wählt seinen Titel in Anspielung auf ein ebenso hübsches wie berühmtes Zitat des Pluralismus-Kritikers E. E. Schattschneider, der 1960 nicht normativ Pluralismus ablehnte, jedoch gegen den empirisch behaupteten Pluralismus in der Interessensartikulation im politischen System der USA einwandte: "The flaw in the pluralist heaven is that the heavenly chorus sings with a strong upper-class accent." In 18 Kapiteln und auf fast 600 Seiten wird dieser Befund hier für die gegenwärtigen Verhältnisse bestätigt, gestützt u.a. auf die bisher größte Organisationen-Datenbank der Washingtoner Lobby (die über 35.000 Organisationen umfasst). Die schiere Quantität des Umfangs könnte erschlagen oder abschrecken. Deshalb ist es wichtig zu betonen, dass die Darstellung ausgesprochen klar gegliedert ist, in Kapitel die jeweils klar einem Aspekt (z.B. der "Vererbbarkeit" ungleicher Partizipationschancen) nachgehen und durchaus je für sich gelesen werden können (die Autoren rechnen damit im Vorwort und haben deshalb einige

Redundanzen eingebaut). Außerdem ist das Buch in einer ausgesprochen klaren Sprache formuliert. Auch dies könnte für deutsche Fachpublikationen mustergültig sein. Untersucht wird die Ungleichheit des politischen Einflusses sowohl auf der individuellen wie auf organisatorischer Ebene. Auf Ersterer machen u. a. Bildung, verfügbare Zeit, Geld und soziales Kapital (Beziehungsnetzwerke) einen Unterschied. Dieser wird durch Organisation, unter anderem aufgrund der Schwächung der Gewerkschaften, leider nicht mehr kompensiert, sondern z. T. noch verstärkt. So nimmt es nicht Wunder, dass etliche politische Entscheidungen (etwa der Steuer- und Finanzpolitik) der letzten Jahre zunehmend den Reichen und unter ihnen besonders den Superreichen zu Gute kamen. Kritiker sprechen insofern jüngst vermehrt von Oligarchie und dem Wirken einer "income defense industry" (in Gestalt von Steuer- und Finanzberatern). Und auch hierzulande hat zumindest ein Kollege davon gesprochen, dass soziale Ungleichheit kein Thema für Eliten sei (so der Elitenforscher Michael Hartmann in seinem gleichnamigen Werk, 2013). Umso wichtiger, wenn sozialwissenschaftliche Forschung unangenehme Wahrheiten fachlich solide erhoben darlegen kann. Über Abhilfemöglichkeiten in den USA denken die Autoren abschließend nach. Ihr Werk hat das Zeug, zum Klassiker zu werden und lässt sich in der Lehre überall dort einsetzen, wo es um (ungleichen) politischen Einfluss geht – nicht nur in den USA.

Wysong, Earl/Perrucci, Robert/Wright, David 2014: The New Class Society. Goodbye American Dream? Lanham u.a.: Rowman&Littlefield.

Die in den letzten dreißig bis vierzig Jahren angestiegene soziale Ungleichheit in den USA (s. auch Schlozman/Verba/Brady in diesen Lit-Tipps) ist auch Ausgangspunkt für diesen lehrbuchartigen Gesamtüberblick zum Thema, in dem die Autoren, die Soziologie an mehreren US-Universitäten lehren, einen klassenanalytischen Zugang zugrunde legen. Insofern führt der Band auch gleich in Grundbegriffe und Ansätze dieser Forschung ein. Kennzeichen der neuen amerikanischen Klassenstruktur ist der deutlich geschwundene Mittelstandsbauch (In der graphischen Darstellung). An seine Stelle tritt eine "Wespentaille" oder, das Bild, das die Autoren verwenden, eine Struktur zweier Diamanten (Karos): ein kleineres Oberklassenkaro ruht auf einem größeren Unterklassenkaro, in dessen Mitte das Gros der einstigen Mittelschicht abgerutscht ist. Den Ursachen dieser Entwicklung gehen die Autoren auf internationaler (geänderte internationale Arbeitsteilung, "Globalisierung") und nationaler (u.a. diverse Ungleichheit fördernde Politiken, bedingt, so auch diese Autoren [vgl. Schlozman u.a., diese Lit-Tipps], durch ungleiche Partizipations- und Einflusschancen) Ebene nach. Auch der Rolle des Bildungssystems und der Kulturindustrie bei Etablierung und Erhalt dieser neuen sozialen Ungleichheit gehen einzelne Kapitel nach. Insgesamt entsteht so ein materialreiches und kritisches Bild sozialer Ungleichheit in den USA. Die vielfach totgesagte (so die konservative Sicht) oder durch "postmaterialistisch-kulturelle Disparitäten' abgelöste (so die postmoderne Behauptung) Klassenanalyse ist (und bleibt) also einer der Zugänge, über den sich soziale Ungleichheit fachlich erschließen lässt. Leider ist das noch und wieder geboten. Hier erfolgt es einführend-umfassend und klar für den US-Fall.